

*Netzwerk Ökumenischer Kirchentag (ÖKT) 2010*

# **Presseerklärung**

## **Das Präsidium des Ökumenischen Kirchentages ignoriert Forderungen der Basis**

Köln. Das Netzwerk Ökumenischer Kirchentag 2010 ist verwundert über die Ablehnung eines Drei-Tage-Forums auf dem Ökumenischen Kirchentag in München 2010. Das Forum „Gerechtigkeit schaffen – Frieden stiften – Schöpfung bewahren“ hatte das Netzwerk gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Kirchen beantragt. Die Absage erfolgte ohne Nennung von Gründen und wurde bisher nicht einmal offiziell bestätigt. „Die Verantwortlichen für den Ökumenischen Kirchentag versuchen jede Kritik zu ignorieren, in der Hoffnung, dass sie verstummt, doch sie wird eher lauter werden“, kommentiert Michael Schäfers dieses Verhalten des ÖKT-Präsidiums. Er ist Grundsatzreferent der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und einer der Initiatoren des Netzwerkes.

Am 23. Oktober 2008 hatte das Netzwerk einen Aufruf für einen politisch profilierten Ökumenischen Kirchentag 2010 verabschiedet: Diese Erklärung wurde bisher von mehr als 80 kirchlichen und

politischen Organisationen sowie von mehr als 600 Einzelpersonen unterzeichnet. Sie kritisieren, dass Kirchentage von politischen Zeitansagen immer mehr zu Showbühnen für Prominente geworden sind. Die Erklärung fordert das Präsidium des ÖKT auf, in München dafür zu sorgen, dass ohne Rücksicht auf gesellschaftliche und kirchliche Machtstrukturen offen und ohne Tabus über die existenzielle Krise der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung diskutiert wird.

Dass diese Forderung beim Präsidium nicht auf offene Ohren stieß, zeigt sich für die Netzwerker schon in der Auswahl der Losung und in der Orientierungshilfe des Ökumenischen Kirchentages. Die Losung „Damit ihr Hoffnung habt“, sei zu harmlos und die Orientierungshilfe klinge so, als sei mangelndes Vertrauen die zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung der Christinnen und Christen. „Kirchentage sind kein Besinnungswochenende für gestresste Banker“, sagt Professor Bernhard Emunds, der Leiter des Nell-Breuning-Instituts der Hochschule Sankt Georgen. „Viele Menschen leben heute in Armut, andere sind massiven Risiken ausgesetzt, weil

die Elite in Politik und Wirtschaft bei der Gestaltung der Politik wirtschaftsliberalen Parolen gefolgt ist. Die Wirtschaftskrise und die massive Zunahme der Armut sind Früchte dieser Politik.“ Dagegen müssten die Christinnen und Christen Farbe bekennen – gerade auf Kirchentagen, so Emunds, ebenfalls einer der Initiatoren des Netzwerkes.

Zu den Organisationen, die die Erklärung unterstützen, zählen unter anderen das Bischöfliche Hilfswerk Misereor, der Reformierte Bund, der Bundesvorstand des Bund der Katholischen Jugend, die Evangelischen Frauen in Deutschland e.V., die Christliche Arbeiterjugend, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung und die Friedensbewegung Eirene.

Zu den prominentesten Erstunterzeichnern zählen die Theologen Friedhelm Hengsbach, Konrad Raiser und Fulbert Steffensky, der Künstler Klaus Staeck und die Bundestagsabgeordneten Gerhard Schick und Thilo Hoppe.

*Köln, den 18. Mai 2009*